

VERTREIBUNG

Gauck fordert Deutsche auf, Flüchtlinge zu integrieren

Am Gedenktag für Vertreibung wirbt der Bundespräsident für ein Umdenken: Nach 1945 konnte ein zerstörtes Deutschland Millionen Flüchtlinge aufnehmen. Warum nicht heute?

VON | 20. Juni 2015 - 11:38 Uhr

Bundespräsident Joachim Gauck hat die Deutschen aufgefordert, nach den Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg großzügiger gegenüber Flüchtlingen zu sein. "Vor 70 Jahren hat ein armes und zerstörtes Deutschland Millionen Flüchtlinge zu integrieren vermocht. Warum sollte ein wirtschaftlich erfolgreiches und politisch stabiles Deutschland nicht fähig sein, in gegenwärtigen Herausforderungen die Chancen von morgen zu erkennen?", sagte Gauck in seiner Rede zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung.

Während einer Gedenkstunde im Deutschen Historischen Museum erinnerte er daran, dass Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg unter anderem aus Ostpreußen, Böhmen und Schlesien vertrieben wurden. Der Kummer von Heimatvertriebenen sei lange zu wenig beachtet worden, sagte der Bundespräsident. Dass Menschen ihre Heimat verloren, sei als vermeintlich zwangsläufige Strafe für deutsche Verbrechen akzeptiert worden. Anfangs habe das Leid der Deutschen die Schuld übertönt, im Bewusstsein der Schuld sei dann jedes Mitgefühl gegenüber den Opfern verloren gegangen.

Es dürfte nicht verkannt werden, welche Chancen Flüchtlinge der Gesellschaft bieten würden, sagte Gauck. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei die Bevölkerung in der Bundesrepublik und in der DDR um 20 Prozent gewachsen. Flüchtlinge und Vertriebene hätten geholfen, Deutschland wieder aufzubauen. "Ich wünsche, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen", mahnte der Bundespräsident.

Ende 2014 seien weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht gewesen. Staatliche Strukturen etwa in Afrika drohten zu zerfallen. Somit sei Flüchtlingspolitik nicht nur Innenpolitik, sondern auch Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Es sei eine moralische Pflicht aller Staaten Europas, Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu retten und ihnen eine sichere Zuflucht zu gewähren. Das sei nicht verhandelbar.

"Was sich absolut verbietet, ist, das Schicksal der Opfer von Flucht und Vertreibung politisch zu instrumentalisieren", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Für die fast 60 Millionen flüchtigen Menschen werde es keine "einfachen und schnellen Lösungen" geben. Es müsste immer auch beachtet werden, dass die Bevölkerung fähig und bereit sei, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, sagte de Maizière.

Die italienischen Behörden teilten unterdessen mit, dass im Jahr 2015 bisher 78.784 Flüchtlinge Italien über das Mittelmeer erreicht hätten. Davon beantragten 14.636 Menschen in dem Land Asyl. 70 Prozent der Menschen hätten sich nicht registrieren lassen, berichtete die Tageszeitung *Corriere della Sera* .

Die Bundesregierung hatte vor knapp einem Jahr beschlossen, den 20. Juni zum nationalen Gedenktag für Vertriebene zu machen. Der Tag war zuvor bereits von den Vereinten Nationen zum Weltflüchtlingstag ausgerufen worden.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, dpa, nsc

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/joachim-gauck-bundespraesident-fluechtlinge>